Deutscher Bundestag **Drucksache 18/11028**

18. Wahlperiode 27.01.2017

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Wolfgang Gehrcke, Dr. Alexander S. Neu, Andrej Hunko, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 18/10629 –

Weichen für eine Europäische Union der Abrüstung und des Friedens stellen

A. Problem

Die Antrag stellende Fraktion erkennt angesichts der Bemühungen zur Stärkung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik eine „Rüstungsdynamik“ auf europäischer Ebene. Im Vorfeld der Beratungen des Europäischen Rates am 15. Dezember 2016 wird eine „nachhaltige Sicherheitspolitik“ in Europa gefordert. Nach Auffassung der Antrag stellenden Fraktion dienen dazu folgende Forderungen an die Bundesregierung: Die Ablehnung einer europäischen Verteidigungsunion, der Intensivierung der EU-NATO-Kooperation, der Erhöhung der Verteidigungshaushalte europäischer Staaten auf zwei Prozent sowie die Stärkung der europäischen Rüstungsindustrie. Die Bundesregierung soll sich dafür einsetzen, die auswärtige Politik der EU auf zivile Instrumente zu reduzieren, die Sanktionen der EU gegen Russland aufzuheben und einen Neustart der Rüstungskontrolle und Rüstungsbegrenzung in Europa zu unterstützen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 18/10629 abzulehnen.

Berlin, den 25. Januar 2017

Der Auswärtige Ausschuss

Dr. Norbert Röttgen
Vorsitzender

Dr. Hans-Peter Uhl
Berichterstatter

Dr. Ute Finckh-Krämer
Berichterstatterin

Wolfgang Gehrcke
Berichterstatter

Omid Nouripour
Berichterstatter

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Bericht der Abgeordneten Dr. Hans-Peter Uhl, Dr. Ute Finckh-Krämer, Wolfgang Gehrcke und Omid Nouripour

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 18/10629** in seiner 209. Sitzung am 15. Dezember 2016 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Verteidigungsausschuss und dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antrag stellende Fraktion erkennt angesichts der Bemühungen zur Stärkung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik eine „Rüstungsdynamik“ auf europäischer Ebene. Im Vorfeld der Beratungen des Europäischen Rates am 15. Dezember 2016 wird eine „nachhaltige Sicherheitspolitik“ in Europa gefordert. Nach Auffassung der Antrag stellenden Fraktion dienen dazu folgende Forderungen an die Bundesregierung: Die Ablehnung einer europäischen Verteidigungsunion, der Intensivierung der EU-NATO-Kooperation, der Erhöhung der Verteidigungshaushalte europäischer Staaten auf zwei Prozent sowie die Stärkung der europäischen Rüstungsindustrie. Die Bundesregierung soll sich dafür einsetzen, die auswärtige Politik der EU auf zivile Instrumente zu reduzieren, die Sanktionen der EU gegen Russland aufzuheben und einen Neustart der Rüstungskontrolle und Rüstungsbegrenzung in Europa zu unterstützen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 18/10629 in seiner 85. Sitzung am 25. Januar 2017 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 18/10629 in seiner 78. Sitzung am 25. Januar 2017 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/SU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 18/10629 in seiner 89. Sitzung am 25. Januar 2017 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Berlin, den 25. Januar 2017

Dr. Hans-Peter Uhl
Berichterstatter

Dr. Ute Finckh-Krämer
Berichterstatterin

Wolfgang Gehrcke
Berichterstatter

Omid Nouripour
Berichterstatter

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.